

Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Abonnementpreis mit der täglichen Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, und ähnlichem Beigergeschenk monatlich 1.00 M. Durch die Post bezogen mindestens 8.00 M., unter Ausdruck für Deutschland und Österreich-Ungarn St. 5.00. Erhebung täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Weitlingerplatz 10. Tel. 25201.
Sprechstunde nur montags von 12 bis 1 Uhr.
Expedition: Weitlingerplatz 10. Tel. 25201.
Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Inserate werden die Gesetzte mit 35 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt, ebenso auf Vereinsanzeigen. Inserate müssen bis spätestens 1/10 Uhr früh in der Redaktion abgegeben sein und sind im voraus zu bezahlen. — Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Nr. 276.

Dresden, Mittwoch den 29. November 1916.

27. Jahrg.

Wilson und der Friede.

Von besonderer Seite wird uns geschrieben:

Seit geraumer Zeit schon sieht Herr Wilson in dem Verdacht, etwas zur Verhinderung des Friedens im Schilde zu ziehen. Überprüft man jedoch die von ihm bekanntgewordenen Äußerungen und Handlungen, so wird man durchaus nichts entdecken, was diesen Verdacht rechtfertigen könnte. Man nennt ihn einen „Pazifisten“, insofern vielleicht mit Recht, als seine zumeist sehr orationstümliche noch am leichtesten in pazifistischen Einwürfe zu denken sind, was bei der Vergangenheit des Herrn Wilson allerdings auch ziemlich seltsam liegt. Auf wie schwachen Füßen indeß dieser prahlende Pazifismus steht, sollte eigentlich daraus erhellern, daß Wilson in der Zeit des Tauchbootkriegs erklärt, er würde nur von Ehre und wirtschaftlichen Lebensfragen der amerikanischen Nation zum Schwert greifen. Mit dieser Einschränkung kann schließlich jeder als Pazifist gelten. Wer aber gleichzeitig daran besteht will, in Herrn Wilson die fleischgewordene Friedensliebe zu sehen, der lasse nicht sein Begegnung zu der Notwendigkeit einer starken amerikanischen Flotte unverzöglich. Unter der Regierung des „Friedenspräsidenten“ erfolgt eine Verzehrung der maritimen Streitkräfte der Union, wie sie bisher noch kein Land gewaltiger vernommen hat!

Diese Dinge können keinem unbekannt sein. Tropfenweise geht jetzt kaum eine Woche vorüber, die uns nicht mit einer an sich höchst erfreulichen Nachricht über Wilsons Friedenspläne beglückt. Fast die ganze deutsche Presse versteht diese Nachrichten mit Kommentaren, die nur allzu deutlich erkennen lassen, wie sehr man geneigt ist, an die Vermittlungsaufgaben Wilsons zu glauben. Ja, man begegnet nicht mehr gründlichen Erörterungen, die hocharhart beweisen, daß Wilson eigentlich gar nicht anders handeln kann, als nun endlich mit einer nachdrücklichen Intervention zwischen den frigidairenden Mächten zu treten. Ein drittes Mal könne er doch nicht Präsident werden, also müsse sein höchster Erfolg sein, seinen Namen durch eine große Tat unsterblich zu machen — und wie könnte das besser geschehen als durch die Anerkennung des Friedens! Alle Jungen der Erde würden ihn hoch preisen.

Hier überschlägt man die Weisheit des alten Ostenstaaten doch bedeutend. Wilsons Eigenliebe ist möglicherweise sehr groß — wir wissen es nicht; aber es ist kinderei, ihm einen irgendwie maßgebenden Einfluß auf die Politik in seiner Situation zuzutun — in dieser Situation, deren Bedeutung für die Unionstaaten nicht geringer ist als die Zeit ihres Unabhängigkeitskampfes gegen England. Denn selbst wenn Wilson so dachte und so handeln möchte, wie man es von ihm in diesen hoffnungsvollen Äußerungen annimmt — er müßte einen Urteil den überzeugenden Interessen opfern, die die herrschenden Klassen der Union, bis heute noch und noch für eine Zeit, an der Fortdauer des Krieges haben. Und ob nur die herrschenden Klassen Amerikas an einer Fortdauer des Krieges interessiert sind, ist eine Frage, die hier unterstellt bleibt mag; jedenfalls fehlt es darüber auch an einer wirklichen Friedensbewegung unter den Volksmassen.

Die Lage ist eigentlich ganz klar; jeder Monat weiter Kriegsdauer verschärft das Verhältnis zwischen Europa und Amerika zu Amerikas Gunsten. Man verweist ja auch bei uns nicht gerade selten auf die Riesengewinne, die die Wülfungsindustrie der Unionstaaten nun schon seit zwei Jahren erzielt. Aber diese Gewinne, so enorm und so werthvoll sie sein mögen, sind an sich noch nicht entscheidend. Wichtiger ist, daß es ja keineswegs die Rüstungsindustrie allein ist, die aus der Verbreitung Europas Nutzen zieht, doch vielmehr auch die Farmer und Baumwollpflanzer noch nie so vorteilhaft verkauft haben wie jetzt. Der hohe Nutzen von der Friedensabsicht der Farmerbevölkerung in den Weststaaten wird zwar in den seiterstübigen der deutschen Presse noch immer liebhaft gepflegt, wir sollten uns aber lieber an die tatsächliche Gewinn, daß jene Farmer auch längst Gewinn an den Kriegsgewinnen gefunden haben.

Der letztens entscheidende Umstand für das Verhalten Amerikas zur Frage des Friedens liegt in den plärrigen Aussichten, die das Verblüten Europas der amerikanischen Politik und Wirtschaft eröffnet. Je mehr sich Europa durch diesen Krieg schwächt, um so besser für die amerikanische Politik, die nicht nach Osten und Westen sehen möchte, nur aber, nochdem die europäischen Großmächte diesen Aderlass an sich vorgenommen haben, vom Osten seine Gefahr mehr zu fürchten und ihre Ziele im Westen (Ostasiens) verteidigen kann. Auch für die großen südamerikanischen Pläne der Union hat dieser Krieg die Voraussetzung aus dem Weg geräumt. Der hohe Geldzufluss segt das amerikanische Kapital in den Stand, ein starkes europäisches Niveau im lateinischen Amerika an die Seite zu drängen und sich dies Feld völlig zu sichern. Aber Politik, die mit den europäischen Milliarden nach Amerika geht, wird sich bald im Weltmarktbereich der Weltwirtschaft dominieren müssen. Zum Teil ist das heute schon der Fall — der vorigen Woche klagten die großen englischen Handelsmänner darüber, daß dem englischen Handel „die Kontrolle“ — das heißt: die Herrschaft — über den Weltmarktpreis verloren gegangen sei.

Russische Angriffe an der siebenbürgischen Ostfront. — Erfolgreiches Vordringen auf der ganzen walachischen Front.

(W. T. R.) Amtliches Großes Hauptquartier, den 29. November 1916.

Weißlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht:
Bei Oberwitz südwestlich von Lenz schickte der im Nebel eingeschlossene Vorpost einer englischen Kompanie.

Im Sonnen Gebiet nahm in den Abendstunden das feindliche Gewer zu nördlich der Auer und am St. Peter's Brook Walde zu.

Ostlicher Kriegsschauplatz.

Front des Generalfeldmarschalls Prinz Leopold von Bayern:

Rechts Wesentlich.

Front des Generalobersten Erzherzog Joseph:

In den Waldorpen und an der siebenbürgischen Ostfront führte der Russen an vielen Stellen gegen die deutschen und österreichisch-ungarischen Linien Angriffe.

Der Kampf nördlich Monastir und an der Donau.

Sofia, 29. November. Amtlicher Bericht des Generalsabsatzes vom 26. November. **Mazedonische Front:** Nach ärgerlichster Artillerievorbereitung griff der Feind mehrmals auf der Front Trivno, nordwestlich von Monastir Höhe 1248, nördlich von Monastir Ebene von Monastir Höhe 1050 im Gerna-Bogen, Höhe in der Umgebung des Dorfes Grusitza will. Die wiederholten Angriffe auf der ganzen Front wurden von den bulgarischen und deutschen Truppen unter mächtiger Artillerie-Mitschütze blutig abgewiesen. Die Verluste des Gegners sind enorm. Vor unseren Stellungen liegen Hunderte von Toten. Vor dem Abschluß eines elenden Katastrophe das tapferen 51. Infanterie-Regiments zählen wir 300 feindliche Toten. Nicht minder hart waren die Angriffe des Feindes und des Artilleriefeuers im Harbor-Tale. Hier griff der Feind verzweifelt unter vorgehobenen Schilden beim Dorf Krastolj südwestlich vom Dolcan See an. Er wurde jedoch durch zurückgelagerte und ließ eine große Zahl von Toten auf dem Schlachtfeld. Wie erbarmlich sechs Maschinengewehre, zahlreiche Gewehre und anderes Kriegsgerät. An der Front der Velasca-Blanica und der Struma lebhaftes Artilleriefeuer. Auch hier zählen wir 125 feindliche Toten. Mit einem Wort: Dieser Tag kann infolge seiner grobartigen Kampfhandlungen als einer der heftigsten Kampftage an der mazedonischen Front gelten.

Rumänische Front: In der walachischen Ebene führte die Rumän-Armee ihren Marsch ohne Unterbrechung fort und ist mit den verbündeten Truppen, die auf den Karpathen heranrückten, in die Flucht getrieben. Unsere auf dem linken Donau-Ufer vorrückenden Truppen griffen Giurgiu an und eroberten, unterstützt von unserer Einheit, insbesondere der Artillerie der Garnison von Giurgiu.

Zwischenwegen wird die Union die hinübergesessenen Milliarden vor allem dazu benutzen, sich Schiffe zu bauen. Sie wird eine Kriegsflotte auf Wasser legen, deren Umfang die Welt erschöpfen lassen wird. Dem aber wird die Schaffung einer wirklichen Kaufmannsflotte folgen. Schon längst war man bemüht, den immer empfindlicher werdenden Mangel einer eigenen leistungsfähigen Handelsflotte abzuheben, aber es fehlt an den Mitteln dazu — vier Fünftel der amerikanischen Ausfuhr gingen auf Schiffen fremder Nationen. Der Krieg hat nun nicht nur das Geld dazu gebracht, er hat auch den Vorsprung der englischen Handelsflotte so weit vermindert, daß man den Konkurrenz Kampf mit ihr ruhig aufnehmen kann, wenn — der Krieg noch länger dauert. Denn jeder weitere Monat bedeutet weitere Verringerung des englischen Vorsprungs, bringt dem amerikanischen Kapital weitere Gewinne und gibt ihm Zeit, seine Schiffe zu Wasser zu bringen. Rumänien braucht keineswegs zu fürchten, Amerika werde noch dem Kriege der Diktator der Welt in Politik und Wirtschaft sein; die alten festgestellten Positionen Europas bilden eine Macht, die nicht so leicht zu überholen ist, schon seine größere Bevölkerung bedeutet eine gewisse Sicherung gegen eine amerikanische Vorherrschaft. Aber so viel ist klar, daß die nord-amerikanische Union durch den Krieg eine Machtposition erhalten hat, die sie kaum in fünfzig Friedensjahren hätte erreichen können. Und es ist weiter klar, daß zunächst noch jeder weitere Monat Kriegsdauer dieser Machtposition zugute kommen muß.

Und in dieser Situation sollte ein amerikanischer Präsident den Frieden herstellen? Wallstreet, und mehr als Wallstreet, würde ihn Steinmetz!

Präsident Wilson ist möglicherweise ein großer Mann, er ist vielleicht auch ein sehr humaner und gerechtsamender Mann — aber der Friedensmacher ist er nicht. Die Frage nach dem Frieden hängt heute viel mehr von zwei Dingen ab: vom englischen Einvernehmen auf der Sonne und von dem englischen Schiffverlust durch die deutschen Landboote. Hier wie dort steht der Präsident Wilson nicht auf unserer Seite.

Jede Friedenserklärung ausgeschlossen.

Haag, 28. November. Im englischen Unterhause stieg der Sozialist Snowden, ob nicht die Zeit gekommen sei, Friedensverhandlungen anzutreten, seitdem der Kaiser öffentlich erklärt habe, daß Deutschland nur einen Verteidigungskrieg führe, und nur vom Jahre 1915:

Er erlitt eine Niederlage; keine militärische Erfolge hat er mit blutigen Kosten erlöst.

Die Armees des Generals der Infanterie von Hohenhausen ist auf der ganzen walachischen Front in begreiflichem Vordringen. Vor ihr weicht der gesetzte Feind in Unordnung nach Osten.

Walachischer Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe v. Massenbach:

Die Bewegungen der Tonaw-Armee stehen in Übereinstimmung mit den weiter nördlich operierenden Kräften.

In der Dobrudscha nur geringe Geschäftigkeit.

Mazedonische Front:

Nach dem Scheitern der Entlastungsoffensive der Entente von Süden her führt der Feind jetzt nur Teilstreiche nordwestlich von Monastir und bei Grumé (östlich der Donau) aus. Auch dabei hat er keine Vorteile erlangen können. Der alte Generalquartiermeister: Endendorff.

England für Venizelos.

London, 28. November. Der neue Kriegsminister, Gouraud meldet aus London: Lord Robert Cecil sagte gestern in seiner Antwort über die Lage Griechenlands unter lautem Tadel: Die gegenwärtige Lage ist so lästig, um von Dauer sein zu können. Es muß höchstlich eine Wahl zwischen dem Hofe und Venizelos getroffen werden, die beide in ihrem Range die Regierungswelt ausüben, welche zugleich anerkennen, werden und souverän sind. Die Alliierten können diese Wahl in aller Freiheit vollziehen. Denn sie sind diejenigen, die die Verpflichtung garantieren haben, die der König offenbar verlogen hat. Venizelos steht gleichzeitig für Griechenland und dessen Verfolgung sowie für die Alliierten ein. Diese werden ihn nicht verlassen.

Versehlte und ausgebrachte Schiffe.

London, 28. November. Wie Lloyds melden, sind der britische Dampfer Rhone und der griechische Dampfer Christoforos gefunden.

Lloyds melden ferner: Der Dampfer Vlamin, von Göhberg nach Grimis, wurde aufgebrochen. Die französischen Schiffe Alfred de Tocque und Matina, der amerikanische Dampfer George Washington und der norwegische Dampfer Belle Vie wurden verfeuert. Die Besatzung des letzteren Schiffes ist getötet.

Die Sicherstellung von Deutschlands Unabhängigkeit und Entwicklung verlangt, und da Deutschland ebenfalls das besetzte Gebiet im Westen steigern werde und die anderen Gebiete Gegenstand von Unterhandlungen sein könnten, sieht nichts im Wege, die Unterhandlungen anzutreten. Minister Bonar Law erklärte, er könne dies nicht tun und sagte, daß der Kanzler die von Snowden erwähnten Erklärungen seinezwegen abgelehnt, sondern immer unter der Bedingung, daß der Krieg gegen Deutschland gewonnen habe, weshalb jede Erklärung sie einen britischen Minister ausgeschlossen ist.

Ablehnung des sozialistischen Friedensantrages in Italien.

Eugano, 29. November. Nach der Stimme will die Regierung die Beratung des sozialistischen Friedensantrages nicht zu lassen, dagegen eine Debatte über die auswärtige Politik bei der Beratung des Budgetprovisoriums im kommenden Monat erlauben.

Die Hoffnung auf die Hungerblockade.

a. b. Der feindliche Wüsteverbund hat keine Hoffnung auf die militärische Befreiung Deutschlands. Die besten Gelegenheiten hat er verpaßt. Weder am Gallipoli, noch in Mesopotamien, noch in Rumänien, noch in Galizien hat er durchdringende Erfolge erlangen können, obwohl die Chancen auf diesen Kriegsschauplätzen günstig genug waren. Belgien, Serbien, Rumänien sind überwältigt. So bleibt nur die Hoffnung, daß die Seegewalt Englands, die rücksichtslos Hungerblockade den Chancenagenten Deutschlands schwaden und seine Widerstandskraft endlich erlahmen lassen wird.

Jedermann weiß, daß Schallans Staatsmeister in Deutschland ist und sein Gedanken lädt das Ausland über diese harte Tatsache hinweg. Aber es ist gut und wohltuend zu zeigen, daß die auf feindlicher Seite gehabte Hoffnung.

Deutschland durch Hunger besiegen zu können, auf schwachen Füßen steht. Nur wenn alle Illusionen zertrümmert sind, der Zwang zu realpolitischer Erfassung der Tatsachen empfindlich geworden ist, wird Gerechtigkeit zum Frieden einführen. Unterdrückung jedes Chauvinismus möglich sein.

Dem Nachweis, daß Deutschland auch in diesem Wirtschaftsjahr durch Hunger nicht zu besiegen ist, dient vortrefflich eine Studie in den Vierteljahrsheften zur Statistik des Deutschen Reiches erschienene Statistik des Ernteergebnisses vom Jahre 1915:

gewiss gewinntester die Kriegsgewinne schon auf äußerste Maß getrieben.

Abg. Dittmann (Soz. Abg.): Um die Fabrikationsanlagen kommen die Betriebsleitung nicht herum, wenn man den kapitalistischen Charakter der Betriebe für Herrschaftsaufrechterhaltung will. Die Regelung der Entschädigungsfrage bietet aber ungeheure Schwierigkeiten. Edens aus dem Kreis wäre es am besten, wenn der Reichstag dem Antrage einer Ratsstätte zustimmen und alle Betriebe in Reichsverwaltung übernehmen würde. Dieser Grundtag sei auch genau bereits angenommen worden. Jedoch habe der Staatssekretär ausgeführt, dass ein Antragsteller und Arbeitnehmer der Werke zugängen können, für das Betriebsleben zu verhandeln; aber, meinte der Staatssekretär, kann keine Einigung darüber zu erwarten sein, ob Kapital hergegeben und neue Fabriken zu bauen. Das heißt doch: Nur, wenn den Kapitalisten der Kriegsplatz gelassen werde, sind die Herren wütend, alles für das Vaterland zu tun. Einem Geldbesitzpatriotismus habe der Staatssekretär als selbstverständliche Voraussetzung. Im Volle aber werde man anderer Meinung sein. Jetzt werde man fragen, warum das nicht, wenn es die Arbeitsmutter beschlagnahmt und unter Zwangsverhältnis bringen will, nicht genügt die Betriebe und das Kapital beschlagnahmt und zwangsweise der Allgemeinheit nutzbar macht. Der Redner ging dann auf die Friedenslinie ein, die die armen Werke im Rheinland und Westfalen infolge der hohen Preise für die Kriegsausrüstungen erzielt haben. Gleiches vor längerer Zeit ist ein Ausland gebildet worden, der die Wirtschaft noch immer nicht in Stahl? Die hohen Kriegsgewinne rufen immer wieder Empörung in den weitesten Kreisen des Volkes hervor.

Staatssekretär des Innern Dr. Helfferich erhebt Einspruch darüber, dass seine Ausführungen in einem Sinne ausgedehnt werden, in dem sie nicht gemeint waren. Er habe nur darauf hingewiesen, dass die Aktionärschaften zur Erweiterung ihrer Betriebe nicht das Kapital zur Verfügung haben und es nur dann austreiben können, wenn sie den Aktionären eine entsprechende Rente gewähren könnten.

Abg. Hoch (Soz.): Ein auffälliger Unterschied liegt darin, dass im Gesetz vor der Freiung zur Arbeit ausgesprochen ist, aber der Zugang gegen die Unternehmer, den Ausführungen des Staatssekretärs obeschlossen wurde. Dieser Zugang sei aber sowohl so notwendig als leges Mittel, wie der Arbeitstagung. Man kann das alles auch nicht dem Kürzeren verhelfen; denn der Ausdruck müsse sich in dem Rahmen halten, der durch das Gesetz gegeben ist. Daher sollte in dem Gesetz allgemein festgelegt werden, dass die Unternehmer verpflichtet sind, den Ausführungen der Betriebsleitung zu folgen, in bezug auf die Bildung von Zwangsunternehmen, auf die Art, wie diese Zwangsunternehmen zu gestalten sind, zu die Vereinigung und die Begrenzung der Gewinne, aus Überlebenswiss. Bezuglich der Entschädigung arbeitsbedienter Arbeitnehmer sei in der Bediensteten des Dienststiftungsgesetzes die Entschädigungen vorgesehen. Jetzt vertrübt der Staatssekretär die Arbeitnehmer, dass sie in derselben Weise entzöglicht würden, wie die Entschädigung in der Bediensteten erfolge.

Staatssekretär Helfferich: In bezug auf den letzten Punkt aus einem Willkürstandpunkt vorliegen. In den Bediensteten werden die Wohnanlagen getroffen, die zu einer vollen Beschäftigung und zum vollen Verdienst der Arbeiter führen sollen und, wo dies erreicht wird, führt auch die Unterstützung weg. Soweit aber tatsächlich arbeitende Arbeitnehmer noch vorhanden wären, würden auch die Unterstützungen weitergezahlt. In diesem Sinne habe er auf diese Wohnnahme verzichtet. Er hätte dringend, bei diesem Gesetz nicht vor einem Gegenstand stehen müssen, der durch das Gesetz gegeben ist. Daher sollte in dem Gesetz allgemein festgelegt werden, dass die Unternehmer verpflichtet sind, den Ausführungen der Betriebsleitung zu folgen, in bezug auf die Bildung von Zwangsunternehmen, auf die Art, wie diese Zwangsunternehmen zu gestalten sind, zu die Vereinigung und die Begrenzung der Gewinne, aus Überlebenswiss. Bezuglich der Entschädigung arbeitsbedienter Arbeitnehmer sei in der Bediensteten des Dienststiftungsgesetzes die Entschädigungen vorgesehen. Jetzt vertrübt der Staatssekretär die Arbeitnehmer, dass sie in derselben Weise entzöglicht würden, wie die Entschädigung in der Bediensteten erfolge.

Außerdem noch die Abg. Gröber, Stresemann, Giesbert und Süderkum gesprochen, trat eine Pause ein, um den Parteien Gelegenheit zu geben, zu dem neuen Entwurf Stellung zu nehmen. Nach der Pause wird dann in die Beratung des neuen Entwurfs eingetreten.

Abg. Legien (Soz.)

In dem neuen Entwurf fehle durchaus der Schutz, den die Arbeitnehmer müssen, um sich gegen Missbrauch mit dem Gesetz zu schützen. Im § 2, in dem die Betriebe aufgezählt werden, die als Betriebsleistung anerkannt sind, fehlen die Geschäftsführer, die Arbeitsersekariate. Dann sei dem § 2 eine Bestimmung neu hinzugefügt: „Hilfsstellenpflichtige, die vor dem 1. August 1916 in einem landwirtschaftlichen Betrieb tätig waren, dürfen aus diesem Betrieb nicht zum Zwecke der Überstellung in eine andere Beschäftigung im Betriebsleistungsbüro berangegangen werden.“ Das ist eine Ausnahmestellung zugunsten der Landwirtschaft, während in allen anderen Betrieben nichts geprägt werden muss, ob die beschäftigten Personen auch wirklich notwendig sind oder nicht. Dann sind Ausschüsse in dem neuen Entwurf vorgesehen zur Erfüllung wichtiger Betriebsfragen. In diesen Ausschüssen sind auch Vertreter der Arbeitnehmer und Unternehmer. Die Vertreter werden vom Kriegsamt ernannt. Die Gewerkschaftsvertreter halten jedoch beansprucht, dass die Nominierung fortwährend müsse noch nach den Vorstellungen der Betriebsorganisationen. Am § 8 sei nun festgestellt, die zur Wahrung der wirtschaftlichen Interessen des Arbeitgebers und der Arbeitnehmer gebildeten Organisationen können das Kriegsamt bei seiner Auswahl durch Einziehung von Vorstellungsbüros unterstützen. Dies ist durchaus ungerecht; vielleicht muss eine bindende Beschriftung in das Gesetz, wonach das Kriegsamt gebunden ist, die Vertreter aus den Vorstellungsbüros ausschließen. Der Entwurf scheitert ferner Arbeiterausschüsse vor nur für die Betriebe, für die der Titel VII der Gewerbeordnung gilt. Nach der Vorlage seien also Staatsbetriebe, insbesondere auch die Eisenbahnen, ausgeschlossen. Für die Betriebe eine Ausnahme zu machen, liege gar kein Grund vor; denn der Arbeitstagung gelte doch auch für sie. Demgemäß müsse auch der

Schutz gegen Missbrauch des Arbeitseinsatzes

unbedingt in das Gesetz drineln. Die Rechte der Arbeiterausschüsse sind daher festgelegt worden: Dem Arbeiterausschuss liegt es ob, dass gute Unternehmensinnerhalb der Arbeiterschaft des Betriebes zwischen der Arbeiterschaft und dem Arbeitgeber zu fördern usw. Das ist eine ganz unglaubliche Forderung der Beauftragten der Ausschüsse. Denn während des Krieges — und das Gesetz gilt ja nicht für den Zeit des Krieges, muss klar und klar festgestellt werden, was in den Ausschüssen der Unternehmer mit dem Ausschuss als dem befreiten Vertreter seiner Arbeitnehmer über die Betriebsbelastungen, über die Verzahlung und Behandlung der Arbeit zu verhandeln hat. Da ist Fall, dass die Arbeiterausschüsse nicht zu einer Verschärfung der Unternehmensgelangen können, soll nach dem Entwurf eine Erweiterung an einer Schiedsstelle zulässig sein, sofern nicht ein Arbeitsgericht oder Bergwerksgericht oder ein Eingangsgremium bei der Einigung als Eingangsgremium läßt. Das muss gestrichen werden, damit in allen Fällen ohne weiteres die Beauftragung zulässig und keine Verschärfung in den Sachen eintrete. Von den anderen Forderungen der Gewerkschaften ist nicht ausgerufen worden, die die Ressorten nicht den Militärausgaben unterstellt werden sollen. Das Kriegsamt habe sich bereit erklärt diese Sachen in einem Umgang zu regeln. Unverständlich sei aber, dass in dem Entwurf, was bis jetzt noch nicht geschahen sei, eingefügt werde die Sicherung des Landes und Versammlungsrechtes für alle Arbeitnehmer und Angestellte.

Zu § 1 begründet Abg. Dittmann (Soz. Abg.) einen Abänderungsantrag, wonach die allgemeine Pflichtigkeit bestehen soll nicht bis zum vollendeten 60., sondern nur bis zum vollendeten 40. Lebensjahr. Er weiß darauf hin, dass der Industriearbeiter bereits mit 40 Jahren das höchste Maß seiner Leistungsfähigkeit erreicht habe, dass mancher Unternehmer es ablehnt, ältere Arbeiter

eingezustellen. Erneut beantragt er, dass die Kriegspflicht sich nur erledigen sollte auf Arbeiten innerhalb des Deutschen Reiches. Durch diese Abänderung soll verhindert werden, dass deutsche Arbeiter in deutsches Gebiet verschleppt werden können. — Abg. Helfferich (kons.) beantragt, dass dem § 1 folgendes hinzugefügt werde: „Wahlrechte Deutsche vom vollendeten 15. bis zum vollendeten

17. Lebensjahr unterliegen bei genügender körperlicher Entwicklung der gleichen Verpflichtung, sofern sie nicht im Schulunterricht oder Lehrberthaft stehen.“ — Abg. Ober (Soz.) erklärt, dass seine Fraktion gegen diesen Zusatz Einspruch erhebt. — Abg. Dittmann beantragt zu § 2, dass ausnahmsweise in das Gesetz die Gewalt auf die Zeitungen eingelegt werden. Es sei sehr leicht möglich, dass missliche Blätter gemäßigt werden können. — Staatssekretär Helfferich beruft darauf, das er schon in der bisherigen Aussprache die weitgehende Berücksichtigung der Presse zweifellos habe. So sei aber unmöglich, alle Einzelheiten in das Gesetz aufzunehmen. — Abg. Behrens will darum, dass die Sonntagsblätter ebenfalls berücksichtigt werden wie die großen Tageszeitungen. — Staatssekretär Helfferich: Unterliegende müssen gemacht werden; das gilt auch für das Verhältnis zur Presse. — Zuerst hat zu § 2 die sozialdemokratische Fraktion beantragt, dass die Ausnahmestellung zugunsten der Landwirtschaft bestehen soll.

Der Reichskanzler v. Bethmann-Hollweg begeht heute keinen feierlichen Geburtstag. Während ein Präsident in jedem Alter auf sein Leben nicht schon als auf etwas Zeitiges zurückblicken kann, bleibt ein Politiker, ein Staatsmann immer ein Konsiderator; er macht nicht nur Geschichte, auch die Zukunft macht ihn zu dem, was er ist. „Man glaubt zu schreien und man wird geloben.“ war ein Gedankenknopf unseres Freien.

Als Konsiderator hat der Reichskanzler seine politische Laufbahn begonnen. Ein Abgrund trennt ihn von den Massen des Volkes, die sich um die Jahre der Sozialdemokratie drehen. Sollte man Herrn v. Bethmann in früheren Jahren gefragt, er werde einmal bemüht sein, über diesen Abgrund eine Brücke zu schlagen, so würde er unglaublich das Haupt geschrägt haben. Und doch war es dieser Kanzler, der die vielversprechende „Neuerierung“ ankündigte, der von dem „Vater und Mutter“ sprach, der hinwegkam und weiter mithilfe, und von den „verlorenen Herzen“, die sich allein den Notwendigkeiten der Zeit verpflichten könnten. Die Flüge sind eben stärker als die Menschen, und der Staatsmann in den anderen voran, der das am ehesten begreift.

Herr v. Bethmann ist Reichskanzler in der schwierigsten Zeit, die das deutsche Volk jemals erlebt hat. Aber Schwierigkeiten als das bisher Getragene liegt noch vor ihm und vor uns. Das Deutsche Reich, unvertrieben in seinem Bestande, frei in seiner wirtschaftlichen Entwicklung, in einem dauernden Frieden hineingeführt und die Kräfte lebendig zu machen, die einen besseren Wiederaufbau im Innern schaffen, das ist die große Aufgabe. Sie kann nicht ohne die tägliche Wirkung breiter Volksmächte gelöst werden. Die Sozialdemokratie verfügt sich an dieser Aufgabe nach Wahrzeichen ihrer Grundlage und ihrer Struktur. Sie ist keine Regierungspartei, die alles lobt, was von oben kommt, sie besteht ihre oppositionelle Aufgabe aber auch nicht darin, dass sie alle und alles, was mit der Regierung zusammenhängt, unbeschön herunterziehen möchte. Daraum ist Herr v. Bethmann bis in die letzte Zeit oft scharf bekämpft, sie hat aber auch Angriffe auf ihn, die sie für ungerecht hielt und deren Gründe durchsichtig waren, zurückgewiesen. Ihr endgültiges Urteil über den Reichskanzler wird sie späteren Zeiten vorbehalten müssen.

Dresdner Polizeibericht vom 29. November.

Ein unbekannter Mann, der sich unter dem Namen Franz Stein vorübergehend in Sachsen aufhielt, eine Reihe anstrengender Schwindelerkrankungen. Er nahm bedeutende Betäubungsmittel und erhob den Aufpreis durch Nachnahme unter Überforderung der Zupfplatzfachtracht. Da die Waren beim Ketteler jedoch nicht eingingen, wurde der Beifang bald offensbar. Die Zupfknechte waren lässig gekleidet. Der Gauner holte auf diese Weise Summen von vielen Tausend Mark erlangt. Es handelt sich um den 1874 in Dresden geborenen Augenarzt Löffel. — Löffe mußte zugeben, in Hamburg, Frankfurt und Karlsruhe gleiche Schwindelerkrankungen mit Erfolg durchdrungen zu haben. Die erlangten Summen hat der Gauner in leichterer Weise vergrößert. Der Fall bietet wieder Veranlassung zur Warnung, der Beträger gehörte und Probedenkmäler — es handelt sich hier meist um Kettenteile und Kleinodien — vorzüglicher zu sein.

Ein Diebstahl vor Sachsenberg. Am 25. November, abends 7 Uhr, nach Arbeitsabschluss, erschien in einer Autogarage und Motorwerkstatt ein elegant gekleideter Herr im Automobilistenanzug. Er ging mit der Sicherheit eines Mannes, der keinen Widerspruch zu dulden gewohnt ist, in zwei im Hofe stehende Automobile und entzogte jedem die Achseln mit den aufmontierten Gummiradläden und Pneumatikmänteln. Schließlich schritt er von den Automobilen nach die Haustüre ab, wodurch die Feigen zusammen und ließ sie durch einen Helferschlauch in alter Ruhe abtransportieren. Die Beurkundung des Hauses ist dem Treiben des Herrn zu danken, aber nicht daran, ihm zu hindern, da sie in ihm den berechtigten Besitzer vermuteten. Ein nachträglich stellte sich heraus, dass es sich um einen Diebstahl handelt. Der Dieb drohte seine Beute in einem Wagen nach dem Neustädter Bahnhof und fuhr in der Richtung Dresden ab. Seitdem fehlt jede Spur des Gauners. Die Autofahrer, gezeichnet 880 × 120 und 650 × 120 und getempelt, beredeten, bis er wieder zurückkehrte. Die Warenangebote und Probedenkmäler — es handelt sich hier meist um Kettenteile und Kleinodien — vorzüglicher zu sein.

Vorbericht der sächsischen Landeswetterwarte zu den 30. November:

Keine wesentliche Änderung.

Telegramme.

Toll-Bukarest verteidigt werden?

Am 20. November. Die einander überhaupten Ereignisse auf dem rumänischen Kriegsschauplatz veranlassen die französischen Nachtritte zur Fortsetzung der Frage, ob es heute noch angebracht sei, die rumänische Hauptstadt zu verteidigen. Während der Main glaubt, dass dem Befreiungskampf Rumäniens größter werden könnte, hält das Journal das Gelände Südost von Jutina für einen ersten Widerstand wenig geeignet. Einem mehr einschneidenden Eindruck ist General Terran, nämlich, selbst um den Preis des Verlustes der Hauptstadt zu retten, was nach dem russischen Armeeabzug ist und auf der Linie Biser-Braila die reiche Moldau zu verteidigen.

Der rumänische Mitarbeiter der Neuen Ritter Zeitung berichtet die ungewöhnliche Verbündung Rumäniens. Er schreibt: „Die regelmäßige zur Verbündung gelangenden Verbündeten reden eine fächerartige Sprache. Von Ministerialen bis zum Generalkonsul, vom Abgeordneten bis zum kleinen Postbeamten erläutern alle dem Tode auf dem Schlachtfeld oder werden verwundet von der Front heimgekehrt. Die Verluste der Rumänen, namentlich in den letzten Schlachten, wo es fast um die Verteidigung wichtiger Städte ankam, seien ungewöhnlich gewesen.“

Wetterbericht in der Schweiz.

Am 29. November. Der Bundesrat hat heute einen Vortrag des Abg. Buer in Genf verboten.

Einführung des österreichischen Reichrates.

Am 29. November. Der Reichsrat wird für Mitte Januar zu einer formellen Tagung, die zwei Sitzungen umfassen wird, einberufen. In der ersten Sitzung findet die Konstituierung statt. Die zweite Sitzung wird gemeinsam mit dem Herrenhaus im Zeremonialsaal abgehalten, wo Kaiser Karl sein Gelöbnis auf die Verfassung einlegt.

Der Delmangel.

Darüber wird berichtet: Der Kriegsausschuss für Oele und Fette läßt den bei weitem größten Teil des ihm zur Verfügung stehenden Oels zur Margarineherstellung verwenden, weil die Bevölkerung in den meisten Teilen Deutschlands Margarine noch nötiger braucht als Oele. Speiseöl kann durch den Kriegsausschuss deshalb zur Zeit nur in solche Bezirke abgegeben werden, deren Bevölkerung an die Verwendung von Rüben und Weinöls statt anderen Oelen im Frieden besonders gewöhnt ist. So weit der Kriegsausschuss Oel abgibt, berechnet er für das unter seine Aufsicht gestellte Oel den kommunalveränderten 450 M. für das Kilo. Dieser Preis steht genau im Verhältnis zu dem Margarinepreis und ergibt sich aus dem Durchschnitt der Preise für inländische und den zur Zeit sehr teuren ausländischen Oelhalften, Oelen und Fetten. Für die Kleinhandelsspannung bestehen zur Zeit keine allgemeinen Bestimmungen. Der Kleinhandelspreis für das Kriegsausschuss-Oel beträgt in der Regel 5 M. bis 5,50 M. das Kilo. Daneben kommt anderer Oel verschiedener Art und Herkunft zum Preise bis zu 36 M. für das Kilo (!) in den Handel. Dieses Oel ist zum Teil aus Haselnüssen und anderen, den freien Verkehr belassenen Früchten hergestellt, zum Teil vielleicht auch auf gelegwidrigen Wegen in den Handel gekommenes Rübel usw. (!). Die Herstellung von Haselnussöl und einigen anderen im freien Verkehr verlaufenenden Oelen ist wegen der Rostgefahr der meist im Auslande zu erworbenden Grundstoffe so teuer, daß selbst in einzelnen Fällen bei Preisen bis zu 25 M. das Kilo kein übermäßiger Gewinn sich ergibt.

Dazu wird von anderer Seite geschrieben: Die Ernährung des Oelauschusses erscheint in einem eigenartigen Dichte. Die dadurch in der Bevölkerung wachsende Missstimmung kann leider nicht in der gezeigten Weise durch die Auflösung aus Verbraucherkreisen behoben werden. Denn im Gegensatz zu den meisten ganzamtlichen Reichsstädten für die Kriegswirtschaft haben es die von Interessenbeherrschten Kriegsgesellschaften und Kriegsausschüsse bis jetzt verstanden, unabhängige Personenfeinden in ihre Geschäftsleitungen und Beiräte aufzunehmen und über die allgemeinen Arbeitsgrundlage zu unterrichten, und gerade der Kriegsausschuss für Oele und Fette zeigt noch förmlich in einem Schreiben an den Konsumenrauschiß dessen Verlangen nach einer Verbraucherverteilung brüsk zurück, da die Verbraucher schon durch Reichsbeamte genügend vertreten seien. Da ist es denn kein Wunder, wenn die Konsumen derartig peinliche Fragen wie die nach der obrigkeitlichen Tätigkeit gegen den Delmutter in breiterer Oeffentlichkeit, nicht zum Nutzen der halbamtlichen Stelle, erörtern müssen.

Storchnest.

Der Storch ist in Sachsen ein seltener Vogel geworden; ja, er kommt uns so selten einmal zu Gesicht, daß man wohl meinen könnte, er wohne überhaupt nicht mehr innerhalb unserer Grenzbücher. Gänzlich aufgegeben hat er Sachsen als Wohngebiet nun freilich noch nicht, wenn auch der Verlust an bestehenden Nestern außerordentlich zurückgegangen ist und alljährlich kleiner wird. Nur in der Daua, in der Großenhainer und Bautzener Gegend und in einigen anderen tierliegenden wasserreichen Landestümern Sachsen ist das charakteristische, große Storchenhaus auf dem Gebiet noch hin und wieder ein Wahrscheinen des Dorfes. Nach den Erfahrungen, die in anderen, einschließlich Deutschlands gesammelt wurden, scheint das Aussterben des Storches als Brutvogel in Sachsen unmittelbar bevorzustehen, wenn nicht rechtzeitig für Hilfe gesorgt wird. Das Verständnis der Stadtdächer, die Befestigung sumpfiger Wiesen, mehr aber noch unerlaubter Abfluß durch Tage- und Fließgewässerfrüchte fragen die Hauptaufgabe am Untergang dieses vollständigsten Vertreters unserer heimischen Vogelwelt. — Die Naturforschung Abteilung des Landesvereins Sachsischer Heimatforscher, die sich die Erhaltung der heimischen Naturdenkmäler aus der Tier- und Pflanzenwelt zur Aufgabe gestellt hat, läßt nun durch einen ihrer begehrtesten Vertreter einen Antrag, die in Sachsen noch vorhandenen Storchenhäuser vornehmen, auch seit mehreren Jahren fortglühende Beobachtungen über Brutergebnisse, Veränderungen an den Nestern usw. zusammen. Es sieht zu erwarten, daß mit Hilfe des gewonnenen Materials Mittel und Wege gefunden werden, die ein völliges Auftreten des Storchenhauses in Sachsen verhindern oder doch wenigstens aufhalten. Da hat der Storch in den meisten Fällen in ganz abgelegene Orte zurückgezogen, hat, sind die Verhüllungen äußerst schwierig. Es ist deshalb dringend erwünscht, daß alle Natur- und Heimatfreunde, denen etwas vom Vorhandensein von Storchnestern bekannt ist, den Heimatforscher in seinen Verstreuungen unterrichten und ihm das Vorhandensein von Nestern und etwa angestellte Verabredungen mitteilen. Auch eine spärlich geringfügige Nachricht kann von grohem Werke sein; denn nur die Erfahrung lehrt, daß das Vorhandensein eines Storchenhauses oft sogar vielen Bewohnern desselben Dorfs nicht bekannt. Besonders wird noch um Überleitung von Photographien sächsischer Storchenhäuser gebeten, die in einem demnächst erreichbaren Mitteilungsblatt des Landesvereins veröffentlicht werden sollen. Mitteilungen und Photographien sollte man entweder der Geschäftsstelle Dresden-L. Schloßhof 24, oder dem beauftragten ornithologischen Vertrauensmann A. Stengel, Weißen, Ludwig-Walter-Straße Nr. 5, überbringen.

Allzu scharf macht schärfst. Über einen Vorfall, der sicher öffentliches Interesse hat, wird uns geschrieben: Eine Frau, deren Mann seit dem 5. November langsam im Felde steht, hat dieser Tage eine Strafversetzung der Polizeidirektion Dresden wegen Übertreibung der Höchstpreise für Blaumünen erhalten. Sie ist aufgefordert worden, 3 M. Strafe und 1,10 M. Kosten bis zum 6. Dezember zu bezahlen, andererseits ist sie die Zwangsvollstreckung zu erwarten hätte. Die Frau hat am 23. September bei einem Grünwarenhändler noch vieler vergeblichen Unterlaufen endlich 30 Pfund Blaumünen kaufen können; es sind ihr hierfür 18 Pf. pro Pfund abgenommen worden, die sie auch anstandslos bezahlt. Denn sie war selbstverständlich froh, Blaumünen zu erhalten, naddem sie sich solange vergeblich um solche bemüht hatte. Beim Nachhausegehen nun traf sic einen Beamten der Wohlfahrtspolizei und dieser erkundigte sich bei ihr ganz nebenmöglich, was sie denn für die Blaumünen bezahlt habe. Dies teilte die Frau unumstößlich dem Herrn mit. Tatsächlich erfuhr sie aufmerksam, daß sie doch 2 Pf. über den Höchstpreis bezahlt habe. Die Frau machte sich deshalb unverzüglich auf den Weg, ging nochmals zu dem Grünwarenhändler und erklärte, daß er doch von ihr zuviel gefordert habe. Der aber fuhr sie an und sagte, er hätte ihr doch nicht 30 Pfund Blaumünen verkauft, sondern — dreimal 10 Pfund (!) und da körne er 18 Pf. verlangen. — Es ist ja nun ganz gut und schön, wenn die Polizei sich um alles kümmert, aber es würde sich wohl empfehlen, daß sie nicht eine arme Kriegsfrau derartig in Unannehmlichkeiten bringt. Bemerkt sei

noch, daß die Frau ihren Lebensunterhalt und die Miete selbst bestreitet, also auf Leinelei Unterstützung von irgend einer Seite Anspruch macht.

Der Ausschuss der Allgemeinen Drastrantenfasse für Dresden hielt am Montag seine ordentliche Sitzung ab, die von 51 Vertretern der Betriebe und 17 Vertretern der Arbeitgeber besucht wurde. Zum vorgelegten Vortragstag für 1917 gab der Kaufmännische Verein eine kurze Erläuterung, wo sind 110 000 Mitglieder anzunehmen gelegt, die wesentlich Mitglieder übersteigen infolge der Erweiterungen die männlichen bedienten. Zur Vorlage wurde genehmigt. Der Vortragstag folgte in Einnahme und Ausgabe mit 1504 450 Mark (s. 184 427 M. im Vorjahr) ab und gliederte sich in 350 Abteilungen, die den Rechnungspflichten nach wurden vorgestellt und neuwährenden Mitgliedern von den Besitzern die Petren, Lippen, Manz, Wenckebach, Schlosser, Beyer, Hahn und Frau Stolz, und von den Interessenten die Herren Stadtkämmerer, Bürgermeister, Hüger und Reichsmarschall Lehmann. Darauf referierte der Kassenwartende über einen sich möglicherweise ändernden Säugungsbetrag, der sich mit der Anwendung und Verwendung der Rücklagen von Kaufmännern bei der Kaufmännischen Fassade beschäftigt. Der Ausschuss stimmte dem Vorstand einstimmig noch für die Ausgabe zu. — Eine längere Debatte löste in den letzten Tagen in dieser Beirat die veröffentlichte Notiz über eine Bedürfnisliste von Habilarbeitern bei der Kasse aus. Dem Vorstandigen war es nicht ungenugend, sich über die Bedürfnisliste auszusprechen. Bedauert wurde, daß der Wirtschaftsführer sich nicht erst an den Lassenverband oder den Angestelltenausschuß, aber auch an seinen Verbund gewendet habe. Zweitens berechtigte Absagen vorliegen, wird man aus Abteilung beirat sein. Die betreffende Abteilung wird sich mit der Abteilung befassen. — Weiter wurde noch Kenntnis genommen von den Misslungen, die die Direktor Hinrich über Fleisch- und untergeordneten Gütern im laufenden Jahre nahm. Wichtig war, daß der laufende Vorstand für Erwerber bereit ist, bereits am 30. September übermittelten zu werden. Demnach freuen die Unternehmungen bereits viele Leute.

Dezember an ist dann der Rückzug in den angemeldeten Geschäften läufig. — Auf Röhrstraße 29 der Lebensmittelkassen werden Blaupläne verfaßt. Es ist auch hier bis zum 1. Dezember die Anmeldung zur Kundenliste in einem Briefumschlag abzugeben und die zum Hausstand gehörigen Personenanzahl durch Verlegung des unteren Abdrucktes der Lebensmittelkasse hinzuzuwenden. Die Blaupläne sind vom 2. Dezember an in den angemeldeten Geschäften läufig. Die auf jedem Kopf entfallende Menge an Rückzug und Blaupläne und der Preis wird in den Geschäftsbüros durch öffentliche Aufschläge bekannt gemacht werden.

Umsewir. Verlauf von Kohlrüben, Süßkartoffeln, Weizengras, weißen Bohnen sowie Weizenmehl, letzteres zu Kartoffelpuffkarten für Schuharbeiter. Käferes an den Anschlagtafeln. — Kriegsunterstützungsausbildung Donnersstag, nachmittags von 2 bis 3 Uhr, Giebelstraße 22.

Laubegast. Auf den vom 27. Nov. bis 3. Dez. gültigen Abschnitt der Kartoffelforte können von Sonnabend nach 4 Uhr an in den angemeldeten Geschäftskarten Kartoffeln abgezogen werden. Die Kartoffelforte wird mit 5 Pfund, die Süßkartoffelforte mit 3 Pfund beliebt. Süßkartoffelforte für Schuharbeiter werden Sonnabend nach 3 bis 4 Uhr im Hofhof Goliath Auer (Zaal) ausgegeben. Bezugberechtigt sind alle Schuharbeiter, welche die Protulage beobachten. Die Ausweisfakte ist vorzulegen. Ausbildung nutzt an Einschlägen. Bei dieser Ausgabe werden gleichzeitig die Abschläge der Kartoffelforte gegen Gastronomiekartoffelfakte für Personen, die in Gasthäusern, Kantine, Cafés, Bäckereien oder ähnlichen Betrieben speisen, umgetauscht. — Für die Inhaber der Ausweisfakten 1 bis 940 kommen Sonnabend nach 8 bis 11 Uhr, für die Inhaber der Haushaltssachen 911 bis 1860 nach 1 bis 4 Uhr in Rämpfelschule, Carolastrasse 1, Speisefakotten zum Preis von 12 Pf. für das Pfund und ein Bett Zwischen zum Preis von 15 Pf. für das Pfund zum Verkauf. Die Ausweisfakte ist vorzulegen. Der Kaufpreis ist abgezählt abzutragen.

Löschwitz. Die Inhaber der grauen Lebensmittelkarte, die weniger als 14 Pfund Speisefakotten pro Kopf haben, erhalten nächtlichen Donnerstag in der Schule pro Kopf 14 Pfund gegen Bezahlung von 5½ Pf. pro Pfund. Broads Schwiegung eines Schuhes empfiehlt es sich, daß die Handelsabteilungen mit Anfangsblattabzeichen von 1 bis 7 von 9 bis 10 Uhr vorm. 8 bis 9 von 11 bis 12 Uhr vorm. 9 bis 10 von 11 bis 12 Uhr vorm. 10 bis 11 von 3 bis 4 Uhr nachm. und 1 bis 2 von 3 bis 4 Uhr nachm. erscheinen. Das Geld ist abgezählt mitzubringen. Die Inhaber der roten Lebensmittelkarte werden am darauffolgenden Donnerstag bestreift. — Schweinemastfutter und Hühnerfutter ist ebenfalls Freitag von 9 bis 10 Uhr vorm. Futtermittel überhaupt werden häufig nur noch Dienstags und Freitags von 9 bis 10 Uhr vorm. abgegeben.

Dippoldiswalde. In der letzten Sitzung des Bezirksausschusses hat man beschlossen, die Kriegsunterstützung vom 1. Dezember an zu erhöhen. Es sollen danach in der Regel folgende Sätze gezahlt werden:

eine Frau allein	bis zu 27 M. (bisher 22,50 M.)
• mit 1 Kind	• 38 • 38,75 •
• • 2 Kindern	• 48 • 45 •
• • 3	• 57 • 52,50 •
• • 4	• 66 • 68,50 •
• • 5	• 75 • 68, •
• • 6	• 84 • 72, •
• • 7	• 93 • 81, •
• • 8	• 101 • 90, •
• • 9	• 108 • 99, •
• • 10	• 116 • 108, •

uneheliche Kinder. Vater, Mutter usw. 12,50 M. (bisher 11,25 M. bzw. 7,50 M.). Auch soll der Bezirksausschuss ermächtigt sein, die bisherige Mietzinsbeschrifte von monatlich 10 M. in besonders dringenden Fällen auf 15 M. zu erhöhen. Beihilfen für Kleidung, Feuerung, Arzt usw. gewährt wie bisher der Hauptausschuss für Kriegshilfe. Weitere Beschlüsse der Bezirksschulräte zur Gewährung von Beihilfen für Bevölkerung an 25 Gemeinden.

Löschwitz. Wegen allgemeiner Kartoffelmangel zur winterlichen Eindeckung in allen Verkaufsstellen in dieser Woche erhältlich: Weißkraut, neu abgeblättert, bis zu 20 Rentner, gelbe Speise-Kohlküben und Möhren, bis zu 20 Rentner, Blau-Kohlkraut und weiße Küben, nicht unter 5 Pfund, nicht über 2 Rentner. Verkaufstag für Salate und Schöne Aussicht Donnerstag bis mittags 1 Uhr.

Parteiangelegenheiten.

Leipzig und der Nordwest. Die Parteileitung der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands in ihrer Sitzung vom 27. November 1916, das Abonnement des Nordwest für die Bevölkerung nicht zu erneuern, da durch die Gewaltspolitik des Parteivorsitzenden des Nordwest nur noch Drang der Mehrheitspolitiker sei.

James Guillaume gestorben.

Ih. Mit James Guillaume, der vorige Woche 75jährig in Neuenburg starb, ist eine der berühmtesten Gestalten der internationalen Sozialdemokratie dahingerangen. Er war in London 1854 geboren, verließ seine Schulzeit in Neuenburg, studierte später in Zürich Philosophie und gründete 1866 die Sektion der Internationalen in Zürich. Neben seiner revolutionären und antiklerikalischen Tätigkeit berichtete er viel Interessantes in seinen Gedächtnisschriften, wie er sich denn überhaupt publizistisch hervorgetragen hat. Er war Mitarbeiter am großen pädagogischen Verfassung A. Durkheim und bearbeitete im Auftrag der französischen Regierung die Akten des Kongresses. Seine leiste Lebensarbeit, die er in Neuenburg verlebt, war durch körperliche und seelische Leiden schwer getrübt.

Berichtung sozialdemokratischer Führer in Finnland. ih. Aus einem Briefe, der in einer Stockholmer Zeitung veröffentlicht wird, geht hervor, daß in Finnland zur Zeit wiederige Verfolgungen sozialdemokratischer und anderer Sozialisten an der Tagesordnung sind. Viele angeführte Finnländer sind verhaftet und zum Teil nach Russland deportiert worden.

Briefkästen.

E. V. Weishaupt. Die dem E. V. entnommene Post ist nicht, wie sich jetzt herausstellt. Damit ist wohl auch ihre Zeitschrift erledigt.

